

Berger, Florian; Stenke, Gero

Article

Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Hochschulen: die Situation in Deutschland und ein internationaler Vergleich

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Berger, Florian; Stenke, Gero (2011) : Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Hochschulen: die Situation in Deutschland und ein internationaler Vergleich, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 80, Iss. 3, pp. 131-142,
<https://doi.org/10.3790/vjh.80.3.131>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99664>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Hochschulen – Die Situation in Deutschland und ein internationaler Vergleich

FLORIAN BERGER UND GERO STENKE

Florian Berger, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, E-Mail: Florian.Berger@stifterverband.de
Gero Stenke, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, E-Mail: Gero.Stenke@stifterverband.de

Zusammenfassung: Dieser Beitrag untersucht die Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 auf die Hochschulen in Deutschland und zieht einen internationalen Vergleich. Wir analysieren dabei mögliche Auswirkungen auf die öffentliche Hochschulfinanzierung und gehen anschließend auf Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein. Trotz einzelner merkbarer Auswirkungen – zum Beispiel durch verschärfte Sparmaßnahmen in den Wissenschaftsetats einzelner Bundesländer, einen Rückgang an Weiterbildungs- und MBA-Programmen an privaten Hochschulen oder durch rückgängige Zuwachsraten bei Drittmittelflüssen aus der gewerblichen Wirtschaft – scheint die Hochschullandschaft in Deutschland nur begrenzt von der Krise betroffen zu sein. Dies gilt insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern wie zum Beispiel England, in denen teilweise starke Auswirkungen zu beobachten sind.

Summary: We analyze the effects of the financial crisis 2008/2009 on higher education institutions (HEI) in Germany and draw international comparisons. We primarily focus on impacts of the crisis on public financing of HEI as well as co-operations between science and industry. For Germany, we find a number of effects such as increased austerity measures concerning the science budgets of some German federal states, falling student numbers in specialized courses such as MBA programs and decreasing growth rates in the HEIs' income generated from private companies. However, the higher education system in Germany seems to have overcome the crisis without major negative effects, especially in comparison with the situation other countries like England.

→ JEL Classification: I20, I22, I23

→ Keywords: Higher Education System, science-industry links, financial crisis

I Einleitung

Hochschulen sind neben den außeruniversitären Forschungseinrichtungen die zentralen Akteure für die Forschung im staatlichen Sektor Deutschlands. Von den Wissenschaftsausgaben der öffentlichen Haushalte Deutschlands in Höhe von 36 Milliarden Euro entfielen im Jahr 2008 auf die Hochschulen (einschließlich Hochschulkliniken) circa 56 Prozent. Zu den Wissenschaftsausgaben zählen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie für wissenschaftliche Ausbildung und Lehre und sonstige verwandte wissenschaftliche Tätigkeiten. Auch bei Betrachtung des enger gefassten Begriffes der FuE-Tätigkeit zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben für FuE den Hochschulen zuzurechnen sind. Vom gesamtwirtschaftlichen Umfang der FuE-Ausgaben entfallen allerdings lediglich circa 16 Prozent auf die Hochschulen, während mehr als 2/3 von der Wirtschaft getragen wird (Quellen: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft).

Diese Zahlen zeigen deutlich: Die Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Forschungslandschaft in Deutschland. Allerdings ist das Hochschulwesen auch nur ein Teil von vielen im deutschen Innovationssystem. Aus dieser systemischen Perspektive betrachtet bestehen daher auch vielfältige Wechselbeziehungen zwischen Hochschulen und anderen Akteuren des Innovationssystems, sowohl denjenigen im Wirtschafts- als auch den im staatlichen Sektor. Diesen Interdependenzen ist es geschuldet, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 auch an manchen Hochschulen nicht unbemerkt vorbeigegangen ist. Die Art und das Ausmaß der Effekte der Krise auf die Hochschulen unterscheiden sich jedoch stark zwischen den Hochschularten und zwischen den europäischen Ländern. Der folgende Beitrag untersucht die Auswirkungen der Krise auf zwei zentrale Aspekte im Hochschulwesen: erstens die Finanzierung der Hochschulen sowie zweitens den Effekt auf *university-industry links*, also die Beziehungen zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft. Dabei wird zunächst die Situation in Deutschland analysiert und anschließend – so weit dies die vorliegende Datenlage erlaubt – auch der Blick ins Ausland gerichtet. Kapitel 4 analysiert kurz einige weitere mögliche Auswirkungen der Krise auf die wirtschaftswissenschaftliche Forschung an den deutschen Hochschulen, Kapitel 5 schließt mit einer Zusammenfassung und einer abschließenden Bewertung.

2 Finanzierung der Hochschulen

2.1 Die Situation in Deutschland

Die Hochschulen sind – nicht nur in Deutschland, aber in einem im OECD-Vergleich relativ hohen Ausmaß – zum überwiegenden Teil von öffentlichen Geldern finanziert (siehe zum Beispiel OECD 2011). Nach Daten des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 11, Reihe 4.5) hatten die Universitäten ohne medizinische Einrichtungen/ Gesundheitswissenschaften im Jahr 2008 Ausgaben von 15,1 Milliarden Euro. Demgegenüber standen Gesamteinnahmen von 4,8 Milliarden Euro, davon Verwaltungseinnahmen von 1,3 Milliarden sowie Drittmittel von 3,3 Milliarden Euro (circa 2/3 wiederum aus öffentlichen Geldern), und andere Einnahmen von circa 143 Millionen. Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und den Einnahmen lässt sich die Höhe der von den Ländern zu leistenden Grundfinanzierung ableiten, die circa 70 Prozent des Budgets der Univer-

sitäten ausmacht.¹ Es ist also klar ersichtlich, dass die Lage der öffentlichen Haushalte – insbesondere in den Bundesländern – auch die Finanzierung der Hochschulen stark beeinflusst.

Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 hat die Situation der öffentlichen Haushalte nochmals verschlechtert. Sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite waren die Haushaltsplanungen durch Mindereinnahmen beziehungsweise Mehrausgaben dahingehend betroffen, dass sich das Finanzierungsdefizit der Länder im Jahr 2009 auf 27,1 Milliarden Euro belief und die Sollansätze um knapp fünf Milliarden Euro unterboten wurden (BMF 2009). Der Spardruck stieg also durch die Wirtschaftskrise nochmals deutlich an. Zudem wird die Einrichtung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse spätestens ab 2020 zu verstärkten Einsparmaßnahmen führen müssen.

Eine Vielzahl von Beispielen lässt sich aufführen, wie sich dieser Spardruck auf die Hochschullandschaft in Deutschland auswirkt. So beschloss die Haushaltstrukturkommission des Landes Schleswig-Holstein im Frühjahr 2010 – neben zahlreichen Einsparungen in der Verwaltung des Landes und trotz der Betonung einer politischen Priorisierung von Forschung und Wissenschaft – Kürzungen bei der Universität Flensburg (Streichung der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge, Einsparungen ab 2017 von insgesamt 1,7 Millionen Euro), bei der Universität Lübeck (Streichung der medizinischen Studiengänge, gesamte Einsparungen bis 2010 von 150 Millionen Euro) sowie bei der privaten Fachhochschule Wedel (Reduktion des Zuschusses von 2,2 Millionen auf 1,8 Millionen Euro).² Die Schließung der Medizinischen Fakultät der Universität Lübeck konnte zwar durch eine indirekte Unterstützung durch den Bund, dem die Rettung einer Hochschule durch das Kooperationsverbot formell eigentlich untersagt ist, noch verhindert werden.³ Die strukturellen Finanzierungsschwierigkeiten lösten sich dadurch aber nicht.

Ein anderes Beispiel zeigt sich in Hamburg. Die dort im Februar 2010 neu gewählte SPD-Regierung kündigte an, im Haushalt für den Wissenschaftsbereich Einsparungen von jährlich 12,8 Millionen Euro erreichen zu wollen. Die Hamburger Hochschulen rechnen dadurch mit Kürzungen ihres Etats von sechs bis zehn Prozent, welcher auch durch den Wegfall der Studiengebühren bereits unter Druck ist. Zudem gibt es Pläne, die Forschungs- und Wissenschaftsstiftung Hamburg bis Ende 2012 zu schließen.⁴ Diese Ankündigungen verursachten eine große Protestwelle mit Plakataktionen, Unterschriftenkampagnen und Sternmärschen. Ob sich durch diesen öffentlichen Druck ein Erfolg ähnlich wie in Schleswig-Holstein auch in Hamburg erzielen lässt, ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt (September 2011) noch offen. Ein Beschluss wird im November 2011 erwartet.

1 Diese Zahlen beziehen sich auf die Universitäten ohne Hochschulkliniken sowie ohne die damit verbundenen Lehr- und Forschungsbereiche der Humanmedizin.

2 Siehe „Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein“ der CDU/FDP Haushaltstrukturkommission des Landes Schleswig-Holstein

3 Das Kieler Institut für Meeresforschung wechselte von der Leibniz- zur Helmholtzgemeinschaft. Durch die unterschiedliche Bundesländer-Finanzierung dieser beiden Forschungsgemeinschaften wurde dem Land Schleswig-Holstein eine Ersparung von 25 Millionen Euro jährlich ermöglicht. Die Unterstützung des Bundes wurde jedoch an die Bedingung geknüpft, die Medizinische Fakultät in Lübeck zu erhalten.

4 Siehe www.hamburg.de/wissenschaft-und-forschung/2883496/wissenschaft-und-forschung.html (abgerufen am 14. September 2011).

Die beiden erwähnten Beispiele zeigen auf, wie sich der Einfluss der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte indirekt auch auf die Hochschulen ausgewirkt hat. Allerdings gibt es auch Gegenbeispiele: So können manche Wissenschaftsetats trotz der schlechten Haushaltslage Zuwächse verzeichnen. So kann das Wissenschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen in der Finanzplanung bis 2014 Ausgabensteigerungen von zwölf Prozent im Vergleich zu 2011 verzeichnen.⁵ Auch die Mindereinnahmen durch die Abschaffung der Studiengebühren werden vom Land kompensiert. Erfreulicherweise hat auch der Bund trotz der Finanzkrise Zusagen im Forschungsbereich eingehalten und das Budget des zuständigen Ministeriums für Bildung und Forschung nicht gekürzt. So wurde mit Beschluss vom 4. Juni 2009 – also gerade auf dem Höhepunkt der Rezession in Deutschland – die Exzellenzinitiative weiter geführt und 2,7 Milliarden Euro für die dritte Phase zur Verfügung gestellt. Des Weiteren wurden die Hochschulen durch den Hochschulpakt (4,7 Milliarden Euro in der zweiten Programmphase für den Ausbau von Studienmöglichkeiten) und den Qualitätspakt Lehre (zwei Milliarden Euro im Zeitraum 2010 bis 2011 für die Verbesserung der Hochschullehre) gefördert. Die außeruniversitäre Forschung an gemeinsam geförderten Forschungseinrichtungen erhielt durch den Pakt für Forschung und Innovation mehr Planungssicherheit. Hier wurde eine jährliche Steigerung der finanziellen Zuschüsse von jährlich mindestens fünf Prozent zugesagt.

Insgesamt zeigt sich also in Bezug auf die mittelbaren Auswirkungen der Finanzkrise auf die Finanzierungssituation der staatlichen Hochschulen ein gemischtes Bild, sodass kein allgemeingültiges Urteil zu den finanziellen Effekten der Krise auf die Hochschulen gefällt werden kann. In der Zusammensetzung des Finanzierungsmixes wurde allerdings ein Trend verstärkt, der bereits seit längerem beobachtbar ist: die allmähliche Verschiebung der Finanzierungsanteile des Hochschulwesens von den Ländern auf den Bund. Nachdem die Länderhaushalte durch die Finanzkrise stärker als der Bundeshaushalt betroffen waren und der Bund unter anderem durch die oben erwähnten Förderprogramme in den letzten Jahren eine anhaltende Förderaktivität gezeigt hat, wurde dieser Trend durch die Finanzkrise forciert und auch durch die nur mittelbare Finanzierung von Hochschulen durch den Bund (siehe das Beispiel Universität Lübeck) weiter verstärkt.

Die Situation der privaten Hochschulen während der Finanzkrise stellt sich etwas anders dar, schon alleine deshalb, weil sich der private Sektor im Hinblick etwa auf die Anzahl der Hochschulen, die Finanzierungsstrukturen oder Geschäftsmodelle unterscheidet.⁶ Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2008 insgesamt 91 private, staatlich anerkannte Hochschulen in Deutschland. Damit sind ungefähr 20 Prozent der Hochschulen in privater Trägerschaft, wobei lediglich vier Prozent aller Studierenden dort eingeschrieben sind.⁷ Die privaten Hochschulen hatten im Jahr 2008 Einnahmen (aus Studiengebühren, der Vermarktung virtueller Studiengänge und Drittmiteinnahmen, ohne Zuschüsse des Trägers) von rund 450 Millionen Euro (Frank et al. 2010).

5 Dies ist die nach der Finanzplanung 2010–2014 der höchste Zuwachs aller Etats (Landtag NRW 2011).

6 Da die Finanzierungssituation bei den privaten Hochschulen stärker direkt von den Studierendenzahlen abhängt, fokussieren wir uns im Folgenden verstärkt auf diesen Indikator.

7 Für eine umfassende Bestandsaufnahme siehe auch die Studie „Rolle und Zukunft privater Hochschulen“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft aus dem Jahr 2010 (Frank et al. 2010).

Bei den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Einnahmen und Studierendenzahlen der privaten Hochschulen muss nach Aussagen des Verbandes Privater Hochschulen (VPH) nach den verschiedenen Geschäftsmodellen differenziert werden.⁸ Der starke Anstieg bei den Studierendenzahlen an privaten Hochschulen wurde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise trotz der dort anfallenden Studiengebühren nicht in nennenswertem Umfang gebremst. Speziell die grundständige Ausbildung in Bachelorstudiengängen konnte eine dynamische Entwicklung verzeichnen. Etwas anders ist das Bild bei Teilzeitstudiengängen, welche in Kooperation von privaten Hochschulen und Unternehmen angeboten werden. Hier zeigt sich auf der Seite der Unternehmen in der Krise laut Aussage des VPH eine gewisse Zögerlichkeit, neue Kooperationen mit privaten Hochschulen anzustoßen.

Bei den Masterstudiengängen an privaten Hochschulen ist ein überdurchschnittliches Wachstum zu beobachten. Zwei Aspekte wurden hier als Gründe erwähnt: Zum einen gibt es einen Kohorteneffekt, da immer mehr Studierende einen Bachelorabschluss erwerben und anschließend auch Masterstudiengänge anstreben. Zum anderen hat die relativ angespannte Arbeitsmarktsituation während der Krisenjahre dafür gesorgt, dass Studierende, die auf dem Arbeitsmarkt zunächst keine Möglichkeit des Berufseinstiegs sahen, ein Masterstudium begonnen haben. Laut Aussage des VPH hatten einige private Hochschulen mit der anziehenden Konjunktur nach der Krise eher Rückgänge in den Studierendenzahlen zu verzeichnen als in der Krise selbst.

Größere Rückgänge in den Studierendenzahlen und damit auch bei den Einnahmen der privaten Hochschulen zeigten sich in den Weiterbildungsprogrammen und MBA-Programmen, welche in Europa im Gegensatz zu den USA meist berufsbegleitend absolviert werden. Da die Teilnahme hier meist von der Unternehmensseite (teil-)finanziert wird und hierfür die Budgets in den Unternehmen während der Krise reduziert wurden, wirkte sich dies auch auf die Studierendenzahlen der privaten Hochschulen aus.

Allgemein haben die privaten Hochschulen, ähnlich wie die staatlichen, die Finanzkrise relativ unbeschadet überstanden. Nach Aussage des VPH sind auftretende finanzielle Schwierigkeiten bei einigen privaten Hochschulen eher auf die individuellen Probleme an Einzelinstitutionen als auf den Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen. Zudem sei die Herausforderung des steigenden Wettbewerbs im Hochschulsystem – ähnlich wie bei den staatlichen Hochschulen – die zentrale Herausforderung für die privaten Hochschulen, die jedoch mit der Finanzkrise nur bedingt in Verbindung steht.

2.2 Die Situation in den europäischen Nachbarländern und anderen forschungstarken Ländern

Im folgenden Abschnitt soll zunächst die Situation der Hochschulen in einigen europäischen Ländern beleuchtet werden. Anschließend wird kurz die Situation der Hochschulen in den USA analysiert.⁹

⁸ Die folgenden Aussagen basieren auf Experteninterviews mit Vertretern von privaten Hochschulen, die die Autoren geführt haben. Quantitative Daten liegen unseres Wissens dazu nicht vor.

⁹ Ein Großteil der folgenden Ausführungen zur Situation in Europa stützt sich auf den Bericht „Financially Sustainable Universities II – European universities diversifying income streams“ der European University Association (EUA 2011).

An wenigen europäischen Hochschulsystemen ging die Wirtschafts- und Finanzkrise völlig unbemerkt vorbei. Die finanziellen Auswirkungen unterscheiden sich jedoch stark nach Höhe und Zeitpunkt der Einsparmaßnahmen. Dies hängt zum großen Teil mit der unterschiedlichen Stärke der Rezession in der jeweiligen Volkswirtschaft sowie mit den jeweiligen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte zusammen.

Mit am stärksten von Einsparmaßnahmen in Europa betroffen sind die Hochschulen im Vereinigten Königreich.¹⁰ Nachdem der „Comprehensive Spending Review 2010“ für den britischen Staatshaushalt die größten Einsparungen seit dem Zweiten Weltkrieg mit sich brachte, müssen auch die Hochschulen bis 2014/2015 Einsparungen von 40 Prozent des momentanen jährlichen Budgets hinnehmen. Von den Kürzungen am meisten betroffen ist die Hochschullehre, die Kürzungen von bis zu 79 Prozent verkraften muss (Estermann und Bennetot Pruvot 2011). Ein Teil der entstehenden Finanzierungslücke soll nach dem Willen des britischen Parlaments aus privaten Quellen gedeckt werden. So wurden beispielsweise die Höchstgrenzen für Studiengebühren auf 9 000 Pfund verdreifacht.¹¹ Die neuen Regelungen (wie zum Beispiel auch eine Stärkung des Stipendiensystems und geänderte Rückzahlungsregelungen für Studienkredite) sollen bis 2012/2013 umgesetzt werden.

Daneben gibt es eine große Zahl von Ländern, die Kürzungen von fünf bis zehn Prozent (Irland, Island, Estland, Rumänien, Litauen) beziehungsweise unter fünf Prozent (Tschechische Republik, Kroatien, Serbien, Mazedonien) vornahmen (Estermann und Bennetot Pruvot 2011). In einigen dieser Länder könnten zudem die in Zukunft möglicherweise nötigen Ausgaben zur Stabilisierung einzelner Sektoren (wie dem irischen Bankensektor) oder der gesamten Volkswirtschaft (Griechenland) weitere Kürzungen im Hochschulsektor bedeuten.

In einer Reihe von europäischen Ländern, wie in Ungarn, Belgien, Österreich und Spanien, wurden keine Kürzungen durchgesetzt, aber bereits zugesagte Erhöhungen der staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen wieder zurückgenommen. So hat zum Beispiel Österreich Pläne einer zweiprozentigen Erhöhung der Staatsausgaben für den Hochschulsektor zwischen 2013 und 2015 inzwischen wieder revidiert (Estermann und Bennetot Pruvot 2011).

Es ist also keinesfalls selbstverständlich, dass Deutschland die verschiedenen Förderlinien von Exzellenzinitiative bis Qualitätspakt Lehre auch trotz der starken Rezession weitergeführt hat. Eine vergleichbare Situation zeigt sich innerhalb Europas nur noch in Frankreich und teilweise in Portugal. In Frankreich wurde 2010 über den „Grand Emprunt“ (große Staatsanleihe) elf Milliarden Euro für eine generelle Qualitätssteigerung des französischen Hochschulsystems, acht Milliarden Euro für die Förderung der Forschung und nochmals acht Milliarden Euro für Exzellenzcampus investiert. Für 2011 wurden nochmals 4,7 Milliarden Euro in Aussicht gestellt (Estermann und Bennetot Pruvot 2011).

Allgemein ist die universitäre Lehre im europäischen Durchschnitt stärker betroffen als die Forschung (Estermann und Bennetot Pruvot 2011). Dies gilt vor allem für England, Belgien und einige osteuropäische Länder, wo die Lehrbudgets direkte Kürzungen hinnehmen mussten. Laut

¹⁰ Daneben haben auch Italien, Lettland und Griechenland größere Einsparungen im Hochschulsystem von 20 bis 50 Prozent beschlossen.

¹¹ Die überwiegende Mehrheit der Hochschulen hat bereits angekündigt diese Obergrenze auch auszureizen.

European University Association (EUA) hatte dies bereits die Schließung einiger Studiengänge, vor allem in England zur Konsequenz. Im Gegensatz dazu hat die Forschungsfinanzierung in der Mehrzahl der europäischen Länder vergleichsweise wenige Kürzungen hinnehmen müssen. Dies liegt wohl auch daran, dass die Forschungsförderung von vielen Regierungen als strategische Priorität angesehen wird und zunehmend von anstehenden Einsparmaßnahmen ausgenommen wird.

Für die Hochschulen in den Vereinigten Staaten hat die Wirtschafts- und Finanzkrise besonders deutliche Konsequenzen gehabt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: Zum einen fiel die Krise in den USA besonders stark aus, und zum anderen hängt die Finanzierung des Hochschulwesens in den USA in einem größerem Ausmaß von privaten Geldern ab, welche sowohl von Firmen und Alumni als auch von den momentanen Studierenden stammen.

Nach einer Analyse des Center on Budget and Policy Priorities (CBPP) (Johnson et al. 2011) haben mindestens 43 Staaten der USA Kürzungen im Hochschulwesen vorgenommen und/oder die Studiengebühren erhöht. Dies führte beispielsweise in Kalifornien dazu, dass die University of California mit ihren zehn Standorten sowie die California State University mit 23 Standorten jeweils mindestens 650 Millionen Dollar einsparen müssen. Gleichzeitig hat die University of California ihre Studiengebühren um 32 Prozent angehoben. Dies bedeutet, dass sie erstmals in ihrer Geschichte mehr Einnahmen aus Studiengebühren erzielt als aus staatlichen Zuschüssen. Die überschuldeten Staatshaushalte nicht nur, aber vor allem in Kalifornien, lassen auch für die Zukunft keine grundsätzliche Verbesserung der Situation erwarten.

Wie erwähnt sind die Hochschulen in den USA – und allen voran die privaten Hochschulen – in stärkerem Maße als die europäischen Hochschulen auch von privaten Geldern abhängig. Auch hier zeigten sich die Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise. Laut einer Befragung des Council for Aid to Education (CAE 2011) gingen die Spenden von Einzelpersonen (zum Beispiel Alumni), Unternehmen, Stiftungen und anderen Organisationen an die Colleges und Universitäten in den USA im Jahr 2009 um 11,9 Prozent zurück. Am stärksten reduzierten sich die Spenden der Einzelpersonen (circa 18 Prozent), während die Firmen ihre Spende um lediglich fünf bis sechs Prozent zurückfuhren. Im Jahre 2010 wurde das Spendenniveau von 2006 nominal wieder erreicht, war real allerdings immer noch acht Prozent niedriger.

Neben dem Spendenaufkommen, das mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld korreliert, spielen für die privaten Hochschulen in den USA – vor allem bei den wohlhabenden Eliteuniversitäten wie zum Beispiel Harvard – auch die Erträge aus dem Stiftungskapital eine große Rolle. Für die Harvard University heißt das beispielsweise, dass vor der Krise circa 35 Prozent der operativen Gelder aus dem Stiftungskapital erwirtschaftet wurden. Durch den Einbruch der Kapitalmärkte während der Finanzkrise verlor Harvard circa 22 Prozent seines Stiftungskapitals, circa acht Milliarden Dollar (Wolinsky 2009). Als Reaktion wurde unter anderem die Weiterentwicklung des neuen Allston Campus gestoppt und andere drastische Einsparmaßnahmen durchgeführt.

3 **University-Industry-Links – Finanzierungsbeiträge der
Wirtschaft und Kooperationen**

Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen haben in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sie stellen eine zentrale Form des Wissens- und Technologietransfers dar und liefern wichtige Finanzierungsbeiträge für die Hochschulen. Vor allem in den für die deutsche Wirtschaft besonders bedeutenden Branchen wie Chemie, Maschinenbau und Kraftfahrzeugbau bestehen gut funktionierende Beziehungen. Neben zahlreichen informellen Kontakten, für die meist kein direktes finanzielles Engagement der Partner zu leisten ist, die in Unternehmensbefragungen aber oft als eine der wichtigsten Mechanismen für Wissenstransfer erachtet werden, interessieren im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise insbesondere vertraglich geregelte Kooperationsformen. Dabei geht es sowohl um einzelne Forschungsaufträge, die Unternehmen an Hochschulen vergeben als auch um langfristige strategisch angelegte Verbindungen. Der „Wert“ dieser Kooperationen lässt sich mithilfe der von der Wirtschaft an die Hochschulen gezahlten finanziellen Mittel bestimmen. Diese werden als private Drittmittel in der amtlichen Statistik ausgewiesen.

Im Jahr 2009 flossen an Hochschulen in Deutschland (einschließlich medizinische Einrichtungen) Drittmittel in Höhe von 5,35 Milliarden Euro. Im Jahr 2008 waren es mit 4,85 Milliarden Euro noch rund zehn Prozent weniger gewesen (Statistisches Bundesamt 2011). Die gewerbliche Wirtschaft finanzierte im Jahr 2009 einen Anteil von 22,9 Prozent der Drittmittel. Dieser Anteil ist im Zeitverlauf deutlich rückläufig – 2006 betrug er noch 26,2 Prozent, obwohl die absoluten Zuwendungen spürbar angestiegen sind. Sie haben sich von rund einer Milliarde Euro im Jahr 2006 auf gut 1,22 Milliarden Euro im Jahr 2009 erhöht. Auch im Krisenjahr 2009 wurde – nach jährlichen durchschnittlichen Steigerungsraten von circa sieben bis neun Prozent in den letzten 15 Jahren – ein Zuwachs gegenüber dem Jahr 2008 um 1,7 Prozent erreicht.¹² Das Wachstum der Drittmittelzuflüsse aus der gewerblichen Wirtschaft hat sich somit zwar deutlich abgeschwächt, ist jedoch nicht zum Stillstand gekommen (Tabelle).

Tabelle

Drittmiteleinnahmen nach Mittelgebern für die Hochschulen insgesamt
2006 bis 2009

Jahr	Insgesamt	davon		
		Drittmittel von Bund, Länder, Gemeinden (ohne Träger)	Drittmittel von anderen Bereichen (ohne Träger)	
			von DFG, EU, internationale Organisationen, Stiftungen, Hochschulfördergesellschaften	von der gewerbliche Wirtschaft
2006	3 855 212	985 583	1 858 388	1 011 242
2007	4 262 247	1 074 453	2 088 022	1 099 772
2008	4 852 844	1 198 292	2 452 042	1 202 510
2009	5 348 139	1 383 378	2 741 534	1 223 227

Quelle: Statistisches Bundesamt.

12 Auch nach den Krisenjahren 2001–2005 und 1993 sind Einbrüche in den Drittmitteln aus der privaten Wirtschaft zu beobachten.

Diese quantitative Entwicklung spiegelt sich auch in verschiedenen qualitativen Berichten wider. Die EUA berichtet beispielsweise, dass zwar kein direkter Effekt der Krise auf Kooperationsprojekte nachgewiesen werden kann, jedoch Schwierigkeiten beim Einwerben neuer Projekte speziell in Österreich, Belgien, Finnland, Deutschland, Norwegen und der Schweiz zu beobachten sind (vgl. Estermann und Bennetot Pruvot 2011). Auch in einer Reihe von Interviews mit Verantwortlichen für Technologietransfers an deutschen Hochschulen wurde von einer zurückhaltenden Grundhaltung während der Krise auf Seiten der Unternehmen gesprochen, die sich aber im Zuge des in Deutschland relativ schnell folgenden Aufschwungs bald wieder verbessert habe. Ein starkes Einbrechen der Aktivitäten sei nicht zu sehen gewesen.

Eine weitere Option der Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen ist die Errichtung von Stiftungsprofessuren. Hier ist der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ein wichtiger Akteur in Deutschland, der aktiv Unternehmen und Hochschulen durch Beratung und administrative Betreuung, aber auch durch einen finanziellen Zuschuss unterstützt. Auch bei dieser Form der Kooperation scheint jedoch ein längerfristiger Effekt der Krise nicht beobachtbar zu sein. Vielmehr stellt sich die Situation ähnlich wie bei den Kooperationsprojekten dar: Eine kurzzeitige Zurückhaltung während der Krise wich nach deren Überwindung einer weitgehend unveränderten Aktivität bei der Etablierung von Stiftungsprofessuren. Teilweise konnten kleinere private Fachhochschulen während der Krise sogar von einer verbesserten Situation bei der Rekrutierung von Personal profitieren, da potentiell interessierte Kandidaten verstärkt eine Berufsoption außerhalb der Wirtschaft berücksichtigten.

Die Vergabe von einzelnen Forschungsaufträgen von Unternehmen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Vergleich zur externen Forschung in anderen Unternehmen scheint allerdings im Zuge der Krise eine tendenziell eher abnehmende Bedeutung zu besitzen. Dies belegen Daten aus der FuE-Erhebung des Stifterverbandes. So ist der Anteil der Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen als Empfänger von externen FuE-Aufwendungen von 21,9 Prozent im Jahr 2007 auf 19,2 Prozent im Jahr 2009 zurückgegangen. Der Anteil des Wirtschaftssektors ist dagegen von 58,3 Prozent auf 61,1 Prozent gestiegen. Dies legt den Schluss nahe, dass Unternehmen wie Hochschulen eher den Weg langfristig angelegter strategischer Partnerschaften wählen, innerhalb derer komplementäre Vorteile beider Partner bestmöglich genutzt werden können. Die längerfristige Entwicklung der Situation nach der Krise kann jedoch zu diesem Zeitpunkt – auch wegen der Verzögerung in der Verfügbarkeit der Datengrundlage – noch nicht beurteilt werden.

4 Weitere Aspekte

Nach den Aspekten der Finanzierung von Hochschulen und der Kooperationsintensität zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll im Folgenden ein kurzer Exkurs zu inhaltlichen Auswirkungen auf die Forschung an deutschen Hochschulen vorgenommen werden, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise möglicherweise angestoßen oder beschleunigt wurden. Dieser beschränkt sich auf das Forschungsfeld, welches am direktesten von der Krise betroffen ist und die unmittelbare Auswirkungen auf das Forschungsgebiet spüren könnte: die Wirtschaftswissenschaften.

Im Zuge der starken Verwerfungen in Volkswirtschaften weltweit stieg die Kritik an der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und deren Relevanz für die reale Wirtschaftspolitik vehe-

ment an. Der Vorwurf, „die Wirtschaftswissenschaft“ hätte die Krise weder vorausgesehen noch Lösungen zu deren Bewältigung anzubieten, wurde vielfach vorgebracht – und ist teilweise auch nicht leicht von der Hand zu weisen. Dabei werden oft die formal-theoretischen Modelle und deren Annahmen kritisiert, die mit der Realität scheinbar nicht in Einklang gebracht werden könnten. Auch aus der wissenschaftlichen Community selber haben viele Stimmen, darunter auch Nobelpreisträger wie Joseph Stiglitz, eine stärkere Berücksichtigung von verhaltensökonomischen Erkenntnissen, Informationsasymmetrien oder heterogenen Marktakteuren in den makroökonomischen Modellen gefordert. Tatsächlich haben neuere Disziplinen wie „behavioral finance“ oder *Neuroeconomics* in letzter Zeit zumindest größere Aufmerksamkeit erhalten. Die Förderung von heterodoxen Theorieansätzen in der Volkswirtschaftslehre hat zum Beispiel durch die Gründung des Institutes for New Economic Thinking (INET) einen Impuls erhalten. Das INET ist mit 50 Millionen US-Dollar über die nächsten fünf Jahre ausgestattet und hat sich zum Ziel gesetzt, über Forschungsprogramme, *research grants* und Konferenzen neue Denkansätze in der Ökonomie zu fördern, die sich kaum über traditionelle Forschungsförderung finanzieren könnte. Auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre in Deutschland gibt es Beispiele, wie sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise Curricula ändern. So hat zum Beispiel die Hochschule Osnabrück einen Studiengang „Angewandte Volkswirtschaftslehre“ eingeführt, bei dessen Konzeption verstärkt verhaltensökonomische und wirtschaftsethische Inhalte in den Lehrplan mit einbezogen wurden. Die Studiengangsverantwortlichen erhoffen sich davon,

„gesellschaftlich verantwortungsvoll handelnde Ökonomen auszubilden. Hiermit soll auch ein Beitrag dazu geleistet werden, zukünftige Krisen zu verhindern oder zumindest frühzeitig zu erkennen“ (siehe Homepage der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Hochschule Osnabrück).

Ob dieses hehre Ziel erreicht wird und wie sich beziehungsweise ob sich die wirtschaftswissenschaftliche Forschung nach der Finanzkrise insgesamt verändern wird, ist zu diesem Zeitpunkt natürlich noch nicht zu beurteilen. Aber auch wenn nur erreicht wird, dass innovative, vom Mainstream abweichende Forschungsansätze in Zukunft zum Beispiel in Reviewverfahren eine größere Aufgeschlossenheit erfahren, könnte für die ökonomische Zukunft etwas gewonnen sein.

5 Zusammenfassung

Dieser Beitrag hat versucht, mögliche Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 auf die Universitäten in Deutschland, aber auch in anderen Ländern zu analysieren. Für Deutschland zeigen sich – unabhängig von Einsparmaßnahmen in einigen Länderhaushalten, von denen auch die Hochschulen betroffen sind – relativ geringe Effekte. Förderprogramme wie die Exzellenzinitiative wurden trotz des steigenden Drucks auf die Haushalte fortgesetzt und auch bei Kooperationen mit Unternehmen und bei der Drittmittelgenerierung aus der Wirtschaft scheint die Wirtschafts- und Finanzkrise nur einen moderaten Effekt gehabt zu haben.¹³ Da für die Jahre nach der Krise viele Daten (zum Beispiel Finanzkennzahlen der Hochschulen) zurzeit noch nicht vorliegen, sind einige der hier präsentierten Ergebnisse noch nicht abschließend zu

¹³ Die unterschiedlichen Auswirkungen der Krise auf die Länderhaushalte und den Haushalt des Bundes sowie die damit zusammenhängenden Konsequenzen für die Hochschulfinanzierung sollten als ein weiterer Anlass genommen werden, die Bund-Länder-Zuständigkeiten in diesem Bereich (wie dies zum Beispiel für die Charité in Berlin kürzlich wieder geschehen ist) zu überdenken.

bewerten und basieren teilweise lediglich auf qualitativen Interviews mit Vertretern von Hochschulen oder anderen Experten. Dennoch scheint sich der Eindruck, dass die deutsche Hochschullandschaft – vor allem im europäischen Vergleich – von größeren Auswirkungen verschont geblieben ist, durch die Summe der beschriebenen Erkenntnisse zu bestätigen. Dies wären in der Tat gute Nachrichten für die deutschen Hochschulen, die universitäre Forschung und das Innovationssystem in Deutschland.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2009): Entwicklungen der Länderhaushalte im Jahr 2009. www.bundesfinanzministerium.de/nm_3264/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2009/node.html?_nnn=true
- CAE (2011): Report on Voluntary Support of Education. Council for Aid to Education.
- Estermann, Thomas und Enora Bennetot Pruvot (2011): Financially Sustainable Universities II – European universities diversifying income streams. European University Association (EUA).
- Frank, Andrea, Solveigh Hieronimus, Nelson Killius und Volker Meyer-Guckel (2010): *Rolle und Zukunft privater Hochschulen in Deutschland*. Essen, Edition Stifterverband.
- Johnson, Nicholas, Phil Oliff und Erica Williams (2011): *An update on state budget cuts*. Center on Budget and Policy Priorities (CBPP).
- Landtag NRW (2011): Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 15/1001.
- OECD (2011): *Education at a Glance 2011: OECD Indicators*. OECD Publishing. Paris.
- Statistisches Bundesamt (2011): Bildung und Kultur – Finanzen der Hochschulen 2009. Fachserie 11, Reihe 4.5. Wiesbaden.
- Wolinsky, Howard (2009): The crash reaches the universities. *EMBO reports*, 10 (3), 209–211.